

P R E S S E M I T T E I L U N G

Nr. 316 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag
06.12.2007

GRÜNE zu Röslers Blockadeankündigung: Wer Mindestlöhne ablehnt lässt Hungerlöhne zu

Auf scharfe Kritik bei den Landtagsgrünen ist die Ankündigung des FDP-Chefs Philipp Rösler gestoßen, nach der Niedersachsen auf Betreiben seiner Fraktion im Bundesrat die Einführung von Mindestlöhnen bei den Zustellern verhindern will.

"Die FDP ist das kalte Herz der Politik. Wer Mindestlöhne ablehnt, lässt Hungerlöhne zu", sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Ursula Helmhold** am Donnerstag in Hannover.

Die Ablehnung von Mindestlöhnen führe dazu, dass Menschen Vollzeit arbeiten und trotzdem von ihrem Gehalt nicht leben können.

Helmhold: "Das sind Armutsarbeitsplätze, die mit ergänzenden Hilfen wie zum Beispiel Hartz IV aus Steuergeldern subventioniert werden müssen."

Die Grünen fordern ein Ja Niedersachsens im Bundesrat zu Mindestlöhnen und eine zügige Ausweitung auf andere Bereiche, um dem Lohndumping endlich Einhalt zu gebieten.